

Machtkampf in Mali

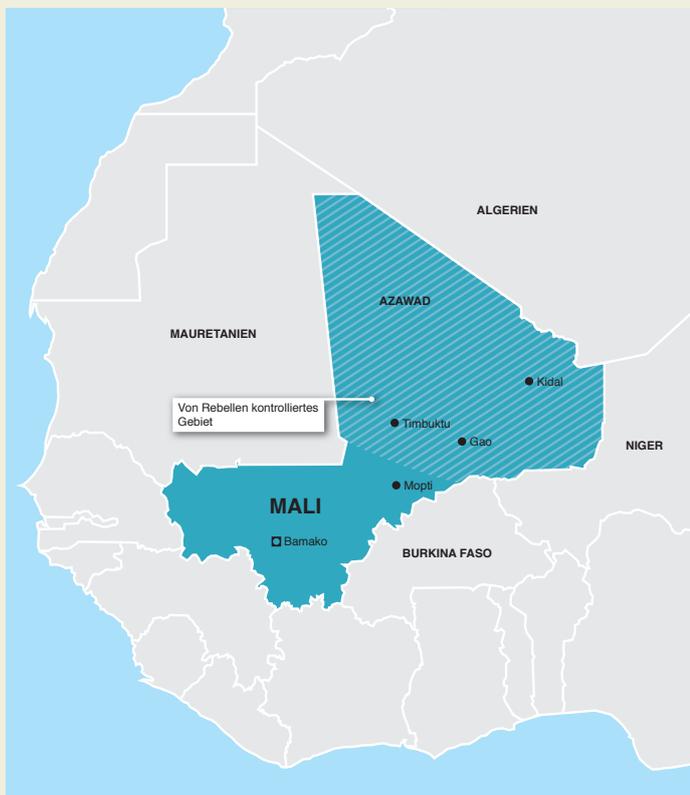
Das nordafrikanische Land Mali wird seit Anfang 2012 von Unruhen erschüttert. Mehrere Akteure kämpfen aus unterschiedlichen Gründen mit- und gegeneinander. Die Bevölkerung wird terrorisiert, und Stätten des Weltkulturerbes werden mutwillig zerstört.

Entwicklung des Konflikts

Nach dem Sturz des ehemaligen libyschen Machthabers Gaddafi im Jahr 2011 kommen viele Tuareg-Nomaden, die für Gaddafi als Söldner gearbeitet haben, schwer bewaffnet in ihre malische Heimat zurück und kämpfen im Norden des Landes für Autonomie. Seit der Unabhängigkeit Malis von Frankreich im Jahr 1960 haben sich die Tuareg immer wieder gegen die Zentralregierung aufgelehnt. Im März 2012 putschen junge malische Offiziere gegen Präsident Amadou Toumani Touré, weil er ihrer Ansicht nach zu wenig unternehme, um den Tuareg-Kämpfern Einhalt zu gebieten. Das so entstandene Machtvakuum nutzen die Tuareg-Rebellen, um die Kontrolle im Norden des Landes komplett an sich zu reißen und verbinden sich dafür mit islamistischen Gruppen. Im April 2012 rufen die Tuareg-Rebellen ihren eigenen Staat namens Azawad aus. Wenig später übernehmen islamistische Rebellengruppen den Norden Malis und versuchen, die Tuareg-Rebellen zu vertreiben. Die Garnisonstadt Kidal beispielsweise steht seit ihrer Eroberung unter der Kontrolle von „Ansar Dine“ (Verteidiger der Religion), die vorgeben, die Scharia einführen zu wollen und mit der Terrororganisation Al-Qaida im islamischen Maghreb (AQIM) zusammenarbeiten. Im Juli 2012 verlieren die Tuareg mit Ansongo ihren letzten Rückzugsort an die islamistischen Kämpfer der „Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika“ (MUJAO).

nach: Horand Knaup: „Desaster im Sand“, DER SPIEGEL 19/2012, S. 96/97, Thomas Scheen: „Malis Tuareg. Mit militärischem Sachverstand“, www.faz.net, 2. April 2012

Ein neuer Staat in Mali?



Einzelarbeit/Plenum: Der Chef des Zentrums für strategische Studien in Algier Mhand Berkouk befürchtet „die Afghanisierung der gesamten Sahel-Region“. Erläutern Sie, was er damit meinen könnte.

**„Waffen, Drogen, Terrorismus:
Das Pulverfass Mali – Der Putsch in Mali
offenbart lang schwelende Konflikte“**

Marc Dugge, www.dradio.de, 24. März 2012

**„Verwüstetes Weltkulturerbe in Mali:
Islamisten verhöhnern die Unesco“**

www.spiegel.de, 1. Juli 2012

**„Nahrungsmittelknappheit und Gewalt:
Hilferuf aus dem Norden Malis“**

Alexander Göbel, www.tagesschau.de, 6. Juli 2012

**„Mali fleht beim Internationalen
Strafgerichtshof um Hilfe“**

www.spiegel.de, 18. Juli 2012

Partnerarbeit/Plenum: Recherchieren Sie mit Ihrem Lernpartner Hintergrundinformationen zu einer Schlagzeile in den angegebenen Quellen. Fassen Sie die wichtigsten Informationen in einer kurzen Nachrichtenmeldung zusammen, und tragen Sie sie im Plenum vor.

Diskussion um Intervention

„Die Angst, der Norden Malis könne zu einem neuen Rückzugsgebiet für Terroristen werden, verschafft dem Konflikt international Aufmerksamkeit. Religiöse Extremisten, Drogenschmuggler, Menschenhändler, Tuareg-Separatisten, dazu schwere Waffen, die nach dem Sturz des Gaddafi-Regimes aus Libyen in großen Mengen ins Land kamen, das alles macht nicht nur die Nachbarn nervös. Auch Frankreich und die USA sprechen inzwischen immer offener über militärische Optionen. Die Initiative dafür müssten in ihren Augen aber afrikanische Staaten ergreifen oder Mali selbst. Die Afrikanische Union und vor allem die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS als regionale Akteure haben in den vergangenen Wochen einerseits beim Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für eine Intervention geworben. Neben den bereits laufenden Vorbereitungen für eine Militärmission versuchen sie andererseits, die Krise auf diplomatischem Weg in den Griff zu bekommen. Das erweist sich grundlegend als schwierig, solange Mali keine funktionierende Regierung besitzt.“

Quelle: Carsten Luther: „Malis Nachbarn drängen auf Intervention“, www.zeit.de, 13. Juli 2012

Plenum: Diskutieren Sie, welche Gründe für und welche gegen eine Intervention sprechen, und erörtern Sie, inwieweit es von Bedeutung ist, ob internationale oder regionale Akteure intervenieren.